

## G3neu Freiheit wird aus Mut gemacht!

Antragsteller\*in: Constanze Oehlich

Tagesordnungspunkt: 4. Darum GRÜN

1 Mecklenburg-Vorpommern ist ein sicheres Land und es soll sicher bleiben.  
2 Grundlage dafür sind unsere freie Gesellschaft und ein liberaler Rechtsstaat –  
3 beide wollen wir GRÜNE stärken. Unsere freie Gesellschaft und ihre Werte sind  
4 heute ganz unterschiedlichen Angriffen ausgesetzt. Diesen Gefahren wollen wir  
5 GRÜNE uns entschlossen entgegenstellen – und zwar nicht wie CDU und SPD mit  
6 einer reflexhaften Verschärfung der Sicherheitsgesetze, sondern mit  
7 rechtsstaatlichen Mitteln und zielgerichteten Maßnahmen.

8 Die öffentliche Debatte um Sicherheitsfragen wird seit geraumer Zeit vor allem  
9 aus dem Blickwinkel einer zunehmenden Terrorgefahr und den als erforderlich  
10 erachteten Gegenmaßnahmen geführt. Eine differenzierte Betrachtung der Vorgänge  
11 bleibt dabei oft ebenso außen vor wie etwa die Erfahrungen anderer Länder, die  
12 trotz noch umfassenderer Sicherheitsgesetze und -verordnungen Ziel  
13 terroristischer Anschläge wurden.

14 So konnten etwa die Anschläge in Frankreich nicht verhindert werden, obwohl dort  
15 viel weitergehende Bestimmungen zur Vorratsdatenspeicherung in Kraft waren als  
16 in Deutschland. Gleichwohl wurden in Berlin nach den Anschlägen von Paris sofort  
17 Forderungen nach einer Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung laut. In solchen  
18 Situationen müssen wir GRÜNE für die Wahrung der Bürgerrechte eintreten und uns  
19 auch unbequemen Diskussionen mit einer klaren Position stellen.

20 Helfen wird uns dabei unsere Überzeugung, dass es ist viel wirksamer ist,  
21 gezielt mit verhältnismäßigen Mitteln einige hundert Personen zu überwachen, die  
22 hierfür auch einen hinreichenden Anlass geboten haben, als 80 Millionen  
23 Bürgerinnen und Bürger anlasslos mit der Vorratsdatenspeicherung,  
24 flächendeckender Videoüberwachung oder automatisierter Gesichtserkennung zu  
25 erfassen. Pauschale Verdächtigungen und anlasslose Datensammlungen sind nur  
26 kontraproduktiv.

### 27 Sicherheit nicht zu Lasten von Bürgerrechten

28 Wir GRÜNE sperren uns nicht gegen jede Gesetzesänderung, sind aber nicht bereit,  
29 unwirksame Verschärfungen auf Kosten unserer Grundrechte zu akzeptieren – erst  
30 einmal müssen die bestehenden Gesetze wirksam angewendet werden. Viele der  
31 aktuellen Maßnahmen sorgen für weniger Sicherheit, weniger Freiheit und eine  
32 weniger lebenswerte Gesellschaft. Sie gehören nach wissenschaftlichen Kriterien  
33 auf den Prüfstand und im Zweifel korrigiert. Stattdessen bedarf es einer  
34 wirksamen Anwendung der bestehenden Gesetze und eines effektiven  
35 Grundrechtsschutzes. Dabei ist für uns GRÜNE unstrittig, dass die Politik auf  
36 terroristische Gefahren reagieren und Bürgerinnen und Bürger schützen muss.  
37 Aber es ist uns auch bewusst, dass Terroristen und Extremisten das Ziel haben,  
38 freiheitlich verfassten Gesellschaften ihre Freiheit zu nehmen. Sie deklarieren  
39 es als ihren Erfolg, wenn unsere Freiheit in Reaktion auf ihre Aktivitäten  
40 eingegrenzt und reglementiert wird. Der freiheitliche Rechtsstaat darf auch  
41 deshalb nicht durch immer mehr Sicherheitsparagraphen ausgebremst werden. Die  
42 Privatsphäre des und der Einzelnen muss vor dem anlasslosen, pauschalen und kaum  
43 noch kontrollierbarem Zugriff des Staates geschützt werden.

44 Für einen freiheitlichen Rechtsstaat

45 Wir GRÜNE treten offensiv für einen freiheitlichen Rechtsstaat ein, der  
46 Menschen- und Bürgerrechte schützt und die Privatsphäre jeder und jedes  
47 Einzelnen achtet. Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Freiheit zu Gunsten  
48 von vermeintlicher Sicherheit aufgegeben werden soll, braucht es starke GRÜNE,  
49 die engagiert für den Schutz und die Bewahrung des freiheitlichen Rechtsstaates  
50 eintreten.

51 Nur demokratisch kontrollierte Institutionen, die den Menschen- und  
52 Bürgerrechten verpflichtet sind, genießen das Vertrauen der Bürgerinnen und  
53 Bürger. Nur ein freiheitlicher und damit starker Rechtsstaat garantiert den  
54 nötigen Schutz wie auch Freiraum für die Selbstbestimmung und die vielfältigen  
55 Lebensweisen jeder und jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft. Eine maßlose  
56 Politik immer weitreichenderer Grundrechtseingriffe schwächt hingegen unsere  
57 Freiheit und sorgt nicht für mehr Sicherheit. Stattdessen braucht es eine  
58 Politik der inneren Sicherheit, die auf wirksame Prävention und effektive  
59 Strafverfolgung setzt, um die Menschen vor Kriminalität, Gewalt und  
60 Diskriminierung zu schützen.

61 Terrorismus und Kriminalität wollen wir bekämpfen, ohne Freiheitsrechte zu  
62 schleifen. Dazu passt nicht, dass der Staat immer mehr persönliche Informationen  
63 und Daten seiner Bürgerinnen und Bürger sammelt und immer länger speichert und  
64 darauf zurückgreift. Und dazu passt auch nicht, dass der Staat zur angeblichen  
65 Wahrung der Sicherheit alles und alle möglichst umfassend überwacht. Wir wollen  
66 einen starken Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern offen und ohne  
67 Misstrauen gegenübertritt, der Menschen- und Bürgerrechte garantiert und nicht  
68 als Gefährdung der inneren Sicherheit betrachtet.

69 Für mehr Sicherheit stärken wir Polizei und Justiz

70 Mit dem verzerrten Drohbild eines gegen Terror und Kriminalität hilflosen  
71 Staates versuchen CDU und SPD, von den eigentlichen Fehlentwicklungen in der  
72 Sicherheitspolitik abzulenken. Anstatt Fehler zu beheben, werden  
73 Gesetzesverschärfungen im Hauruckverfahren forciert, ohne die Folgen  
74 abzuschätzen.

75 Dabei verfügten wir bereits vor den Gesetzesverschärfungen über einen  
76 rechtlichen Rahmen, der es ermöglichte, auf Änderungen der Bedrohungslage  
77 angemessen und effektiv zu reagieren. Nicht unzureichende gesetzliche  
78 Bestimmungen, sondern Fehler im Vorgehen der Behörden und eine nicht  
79 ausreichende Ausstattung der Polizei waren Grund für prekäre Sicherheitslagen  
80 oder die falsche Ausrichtung von Ermittlungen. Vermeintlich populär  
81 daherkommende Forderungen nach Änderung der Sicherheits- und Ordnungsgesetze  
82 gehen damit am Ziel vorbei.

83 Eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz etwa mit zeitgemäßer Technik,  
84 mehr Personal an den richtigen Stellen und eine gute Aus- und Weiterbildung sind  
85 viel eher dazu geeignet, für Bürgerinnen und Bürger die Sicherheit zu  
86 gewährleisten, die sie zu Recht erwarten. Um sich auf diese eigentlichen  
87 Herausforderungen konzentrieren zu können, wollen wir Justiz und Polizei von  
88 sachfremden Verwaltungsaufgaben und der Verfolgung von Bagatelldelikten  
89 entlasten.

90 Dem Rechtsextremismus keine Chance

91 Die Diskussion um die wachsende Terrorismusgefahr, die angebliche Islamisierung  
92 unserer Gesellschaft und die pauschalen Generalverdächtigungen gegenüber  
93 Menschen mit Migrationshintergrund lenkt von der größten Gefahr für unsere  
94 freiheitlich, demokratische Grundordnung ab. Bundesweit, aber vor allem auch in  
95 Mecklenburg-Vorpommern geht vom Rechtsextremismus die größte Gefahr aus.  
96 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus dürfen in unserer Gesellschaft  
97 keine Chance haben. Wir wollen langfristige Handlungskonzepte entwickeln, die  
98 rechtsextremistische Propaganda entlarven und ihr demokratische Werte- und  
99 Handlungsmuster entgegenhalten. Dazu bedarf es einer umfassenden Aufklärung und  
100 der Unterstützung aller gesellschaftlichen Akteure, die sich gegen  
101 rechtsextremistische Tendenzen in unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie  
102 engagieren.

103 Wir GRÜNE in Mecklenburg-Vorpommern

104 - treten offensiv für einen freiheitlichen Rechtsstaat ein, der Menschen- und  
105 Bürgerrechte schützt und die Privatsphäre jeder und jedes Einzelnen achtet

106 - fordern eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz - wenden uns gegen  
107 einen unbefristeten polizeilichen Präventivgewahrsam

108 - setzen uns für die Schaffung unabhängiger Polizeibeauftragter als  
109 Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Polizistinnen und  
110 Polizisten ein

111

112 - fordern eine individuelle Kennzeichnung von Polizeikräften, insbesondere bei  
113 Großeinsätzen

114 - lehnen die Vorratsdatenspeicherung als anlasslose Datensammlung und  
115 Pauschalverdächtigung ab - schützen den öffentlichen Raum als ein Ort, in dem  
116 wir alle uns unbefangen und ohne Angst bewegen können - wenden uns gegen die  
117 Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze

118 - fordern die Gewährleistung des Grundrechts auf Vertraulichkeit und Integrität  
119 informationstechnischer Systeme

120 - lehnen Online-Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung als  
121 Eingriffe in den absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung ab

122 - setzen uns für eine deutliche finanzielle und personelle Stärkung der  
123 unabhängigen Aufsichtsbehörde des Landesbeauftragten für Datenschutz und  
124 Informationsfreiheit ein

125 - fordern langfristige Handlungskonzepte zur Unterstützung und einer Absicherung  
126 der Finanzierung der gesellschaftlichen Akteure, die sich gegen  
127 rechtsextremistische Tendenzen in unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie  
128 engagieren.

## Begründung

Erfolgt mündlich

## Unterstützer\*innen

Jürgen Suhr; Claudia Müller; Richard Kinder; Dirk Niehaus; Philipp Schwitalla; Tobias Wilmes; Stephan Eßer